



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Zukunft liegt in Europa II – Europäisches Bewusstsein und Europabildung als Aufgabe der Schule

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus schriftlich wie mündlich über die Umsetzung der „Bildung eines Europäischen Bewusstseins“ (Art. 2 Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – BayEUG) in den Schulen und der Europabildung zu berichten.

Hier soll insbesondere auf die Wissensvermittlung, den fächerübergreifenden Unterricht, Umfang und Formen des Schüleraustauschs, schulische Projekte und außerschulische Vernetzungen eingegangen werden. Ferner soll dargelegt werden, wie diese Bildungsaufgaben zu einem europäischen Bewusstsein beitragen können und wie die Staatsregierung die Europabildung weiter voranbringen möchte.

Begründung:

Die Kultusministerkonferenz hat mit ihrer Empfehlung über „Europa im Unterricht“ vom 08.06.1978 erstmals die Elemente und Leitlinien des europäischen Bildungsauftrags der Schule dargelegt. Die Kultusministerkonferenz (KMK) führt diesbezüglich folgendes aus: „Die Schule hat die Aufgabe, die Annäherung der europäischen Völker und Staaten und die Neuordnung ihrer Beziehungen bewusst zu machen. Sie soll dazu beitragen, dass in der heranwachsenden Generation ein Bewusstsein europäischer Zusammengehörigkeit entsteht und Verständnis dafür entwickelt wird, dass in vielen Bereichen unseres Lebens europäische Bezüge wirksam sind und europäische Entscheidungen verlangt werden. Die Schule hat zudem die Aufgabe, Respekt vor und Interesse an der Vielfalt der Sprachen und Kulturen zu wecken und auszubauen.“ Dieser Beschluss der KMK schlägt sich auch im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) in Art. 2 nieder: „Die Schulen haben die Aufgabe zur Förderung des europäischen Bewusstseins beizutragen.“

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind mit der europäischen Integration aufgewachsen. Die Europäische Idee trotz oder gerade aufgrund der aktuellen Krisen in Europa zu vermitteln, ist eine besonders schwierige Aufgabe. Unseren Bildungseinrichtungen kommt hier eine wesentliche Rolle zu. Europa lernen und leben ist ein Bildungsauftrag. Europa ist dabei weit mehr als ein geografischer Begriff. In vielen Fächern und fächerübergreifend ist Europa Lerngegenstand. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will sich ein Bild machen von der umfassenden Aufgabe der Schulen.